

EDITORIAL



von Annetrin Klepsch

Die Spannung steigt

Seit Anfang Mai wird das Dresdner Stadtbild durch bunte Plakate bereichert, die uns überzeugen wollen, wer der beste Oberbürgermeister für Dresden ist. Der eine Kandidat leugnet gern seine gelbe politische Heimat und schmückt sich stattdessen mit dem Gelbschwarz des Stadtwappens. Ein anderer Kandidat springt auf jedes Thema auf, als gelte es, mit „Ich bin all hier“ den Wettlauf zwischen Hase und Igel zu gewinnen. Kein Thema, kein Termin ist zu unpassend, um sich nicht als künftiger OB zu zeigen. Auch Politikergroßflächen mit Kinderbildern sind wieder in Mode. Nur Tiere fehlen noch. Es scheint, je größer die Plakatflächen und je mehr davon im Stadtgebiet, umso kompetenter ist die darauf abgebildete Person. Der Wahlkampf, flankiert von Provinzposen am Elberadweg, treibt seltsame Blüten.

Dass es auch anders geht, beweist Eva-Maria Stange. Geradlinig und konsequent. Sich äußern, wenn man in einem Thema versiert ist und unermüdlich den Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern suchend. Es bleibt zu hoffen, dass die Wählerinnen und Wähler nicht nur auf Gesichtsplakate schauen, sondern auch auf Themen achten und über die Botschaften nachdenken. Dresden steht vor einer Richtungswahl. Weiter konservativ regiert zu werden ohne Zukunftsideen für die Stadt - oder der rotgrünrotorangenen Stadtratsmehrheit mit einer Oberbürgermeisterin den Rücken zu stärken.

Die politischen Themen, die auf den nächsten Seiten aus Stadt- und Landesperspektive betrachtet werden, illustrieren wir notwendig der politische Wechsel auch an der Stadtspitze ist. Kämpfen wir dafür! Gemeinsam für Dresden!

Ein Oberbürgermeister braucht Format!

von Tilo Kießling

Der 1. Bürgermeister der Stadt Dresden will Oberbürgermeister werden. Sein Hauptargument: Er ist bereits im Amt. Und dieser Amtsbonus soll ihn vom Stellvertreter zum Chef befördern.

Oft hört man die Meinung, er habe seine Sache doch gut gemacht, er habe Helma Orosz doch während ihrer Erkrankung gut vertreten, er sei doch ein guter Sitzungsleiter.

Ja, ein guter Sitzungsleiter ist er auf jeden Fall. In ruhiger, souveräner Art präsidiert er die Ratssitzungen und verheddert sich kaum in den Geschäftsordnungsdebatten und Abstimmungsverläufen. Und auch wir waren und sind in der Kritik an seiner Amtsführung zurückhaltend.

Das hat einen einfachen Grund. Härte in der Debatte auch in scheinbar nebensächlichen Angelegenheiten, scharfe Interventionen in den Ratssitzungen sind politische Instrumente, die man in der Auseinandersetzung mit einem gewählten Oberbürgermeister, einer gewählten Oberbürgermeisterin nutzt. Zuspitzung, Klarstellung und Bloßstellung sind nichts, was einem Stellvertreter gebührt.

Dirk Hilbert ist einerseits erster Bürgermeister, andererseits Fachbürgermeister für Wirtschaft und Umwelt. Als Fachbürgermeister haben wir Dirk Hilbert sehr wohl deutlich kritisiert, genau so wie alle anderen Fachbürgermeister sich in ihrer Arbeit dem Urteil unserer Ratsfraktion stellen und sich kritisieren lassen mussten. Diese Art von Kritik ist aber in den Medien viel weniger präsent, und so kann sich der Wirtschafts- und Umweltbürgermeister in scheinbarer Fehlerlosigkeit sonnen. Schaut man allerdings genauer hin, findet man auch im Bereich der Wirtschaftsförderung eine Reihe von Fehlleistungen, die seinen „Er hats doch gut gemacht“-Ruf als falsch darstellen. Eine dieser Fehlleistungen wird gerade öffentlich debattiert, die andauernde finanzielle Erfolglosigkeit des Nanoelektronikzentrums, dass einfach nicht auf die Beine kommen will. Eine andere schlimme Fehlleistung war die Abwicklung der städtischen Dresden-Information, bei der es Dirk Hilbert geschafft hat, aus ei-



Foto: Uwe Schaarschmidt

ner Tourismuswerbefirma zwei zu machen, den nötigen Zuschuss durch die Stadtkasse faktisch zu verdoppeln und die profitablen Teile zu privatisieren.

Wir erinnern uns auch noch wie Dirk Hilbert erster Bürgermeister geworden ist. Zur Information: Alle Fachbürgermeister werden in eine Reihenfolge gebracht, in der sie die Oberbürgermeisterin vertreten. Diese Reihenfolge wird vom Stadtrat bestimmt.

Vor sieben Jahren war Dirk Hilbert bereits Oberbürgermeisterkandidat, damals noch direkt für die FDP. Und er hat damals vor dem zweiten Wahlgang einen Kuhhandel abgeschlossen: Er verzichtet darauf, noch einmal anzutreten, und die CDU gab ihm dafür das Amt des 1. Bürgermeisters. Nicht etwa seine guten Leistungen haben ihm diese Erhöhung eingebracht, sondern der simple Verkauf seiner Wählerinnen- und Wählerstimmen.

Nun also ist Dirk Hilbert amtierender Oberbürgermeister und wir erkennen sehr deutlich die Zeichen politischer Verantwortungslosigkeit. Als aktuellstes Beispiel sei nur der Fall des weggebagerten Elberadweges genannt.

Hier hat sich Dirk Hilbert nicht etwa, wie es die Aufgabe eines Oberbürgermeisters wäre, hinter seine Verwaltung und hinter Stadtratsbeschlüsse gestellt und sich deutlich gegen eine Investorin ausgesprochen, die offenen Rechtsbruch begeht und die Stadtratsmehrheit als „kriminelles rotrotgrünes Gesocks“ beschimpft, sondern er beschreibt die Stadt und Frau Töberich wie zwei Kontrahenten, die auf gleicher Augenhöhe agieren und sich nur einfach mal nicht einigen können. Nein, so handelt kein Oberbürgermeister mit Format, so hätten auch seine Vorgängerin und seine Vorgänger im Amt nicht gehandelt.

Ein Oberbürgermeister für die Stadt Dresden braucht Format. Dirk Hilbert hat es nicht.



Annetrin Klepsch und Tilo Kießling sind Vorsitzende von DIE LINKE. Dresden

Linke Woche der Zukunft in Berlin

Zeit für einen neuen Linkspopulismus?

von Pia Barkow

Unter diesem Titel diskutierten auf der Linken Woche der Zukunft Chantal Mouffe und Tom Kuchartz, ein Mitglied und Vertreter der spanischen Partei Podemos, moderiert von Katja Kipping. Die belgische Politikwissenschaftlerin und bekannte Demokratietheoretikerin Mouffe stellte eine theoretische Analyse der Entwicklung europäischer Demokratien – insbesondere der jüngsten Entwicklungen in Spanien seit den Platzbesetzungen im Jahr 2011, auch bekannt unter der „Bewegung 15M“ dar – und ordnete diese in ihre bereits seit längerem proklamierte These eines aktuellen Zustandes der Postdemokratie ein. Postdemokratie insofern, als dass zum Einen – wie es auch der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch formuliert – die demokratischen Institutionen in den „entwickelten Industrienationen“ durchaus existieren und auch funktionieren, jedoch im Laufe der vergangenen zwei Jahrzehnte zunehmend ihres Inhalts entleert werden, die Rückkopplung an die Gesellschaft verlieren und statt einer „Verwirklichung“ der Demokratie vielmehr begonnen haben, ein Eigenleben zu entwickeln, welches „den Rest der Gesellschaft“ zum eigenen Funktionieren nicht mehr braucht. Postdemokratie heißt zum Anderen, dass wir es durch den Zentrismus von Parteien mit einer Repräsentationskrise zu tun haben: dem Streben „zur Mitte“, welches vor allem die großen Parteien verfolgen. Damit sind politische Positionen jenseits „der Mitte“ nicht oder nur marginal in Parlamenten vertreten.

Die jüngsten Entwicklungen – deutlich sichtbar seit dem Zusammenbruch der internationalen Finanz- und Immobilienmärkte und der darauf folgenden Finanz- und Wirtschaftskrise – hat Chantal Mouffe in ihrem Vortrag vor allem an den Ländern Portugal, Griechenland und Spanien skizziert. Dabei nahm sie vorrangig die Proteste, Platzbesetzungen, Generalstreiks und Demonstrationen auf der Straße in Spanien in den Fokus. Beispielhaft an den spanischen Platzbesetzungen fasste sie zusammen, dass hier vor allem junge Menschen Plätze besetzt haben und einerseits eine lautstarke Kritik äußerten, andererseits innerhalb der Bewegung Formen von Kommunikation, Entscheidungsfindung und dem Aufzeigen von Alternativen entwickelten. Die Kritik richtete sich dabei hauptsächlich gegen eine abgeschottete elitäre politische Klasse, verknüpft mit den Wirtschafts- und Medieneliten des Landes, fehlenden Perspektiven für junge, oftmals hochausgebildeten Menschen und einem Fehlen tatsächlich demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten bei politischen Entscheidungen der „Alternativlosigkeit“.

Bemerkenswert ist daran, dass die Bewegung nicht nur ein kurzes Aufflackern war, sondern über Monate und Jahre hinweg anhielt, auch heute noch von einer großen Beteiligung lebt und – das ist jetzt der springende Punkt – ne-



Chantal Mouffe in Berlin

Fotos: Max Kretzschmar

ben der Artikulation von Forderungen und auch konstruktiver Angebote eine linke politische Partei „Podemos“ diese Bewegung aufgreift und in Werkzeuge und Sprache von Parlamenten übersetzt. Dabei setzt Podemos ganz gezielt auf eine populistische Sprache. Nach Chantal Mouffe ist es hier auf eine Art bisher gelungen, eine horizontale politische Bewegung, die der Straße, mit einer vertikalen politischen Formation, der Partei Podemos, zu kombinieren und gegenseitig zu bestärken.

Hierbei ist zu bedenken, dass der Begriff „Populismus“ im Zusammenhang mit Politik im deutschsprachigen Raum negativ besetzt ist und häufig vor allem ein Zusammenhang mit Nationalismus und Antiparlamentarismus geknüpft wird. In anderen Ländern, Südeuropas ebenso wie Lateinamerikas, gibt es diese negative Besetzung des Begriffs nicht. Die Definitionen von „Populismus“ sind vielfältig, in dem hier skizzierten Zusammenhang soll die folgende Definition zugrunde gelegt werden: Populismus als Allgemeinverständlichkeit, als Begriff für „politische Strömungen mit Massenbasis, deren [politische] Führungen sich ohne festes Programm für sozial unterprivilegierte Schichten einsetzen“ (dvt Lexikon [2006], Deutscher Taschenbuchverlag).

Auf die Frage „Brauchen wir mehr Linkspopulismus“ war ihre These, angelehnt an die Entwicklungen in Spanien, dass es auch von links möglich und notwendig ist, in kurzen allgemeinverständlichen Slogans solche „Bewegungen der Straße“ aufzugreifen, zu verstärken und innerhalb der repräsentativen parlamentarischen Organe zu verankern.

Was heißt das für DIE LINKE in Deutschland und für die horizontalen

Bewegungen in Deutschland? Wenn man dieser Argumentation folgt und einige politische (linke) Bewegungen der vergangenen Jahre beispielhaft auflistet, wären da die Proteste unter der Rubrik „Wem gehört die Stadt“, wozu in erster Linie Proteste gegen Mietsteigerungen und Verdrängung zu rechnen wären, Occupy und Blockupy-Proteste, die nach der Krise entstanden und, verkürzt gesagt vor allem gegen die Schere der Reichtumsverteilung richten (Stichwort: wir sind die 99%), aber auch Proteste gegen die Macht von Konzernen, z.B. die Wasserprivatisierung oder die Agrarindustrie (an der jährlichen „Wir haben es satt“-Demo in Berlin nahmen in diesem Jahr 50.000 Menschen teil), Proteste gegen Überwachung und internationale Abkommen, wie z.B. Acta, TTIP, CETA oder TiSA, um nur einige aufzuzählen. An all diesen beispielhaft und ohne Anspruch auf Vollständigkeit genannten Protesten der letzten Jahre lassen sich, neben ihrem jeweiligen thematischen Schwerpunkt, einige grundlegende Zusammenhänge ausmachen: die Spaltung der Gesellschaft in superreiche und immer mehr Arme, was sich ganz deutlich und sichtbar an Verdrängungen innerhalb der Stadt manifestiert, die Monopolisierung oder Oligopolisierung und Machtzuwachs der Wirtschaft und dem Resultat, dass Unternehmen/Banken/Versicherungen unkontrolliert agieren und schlimmer noch, auch bei massivem Fehlverhalten „to big to fail“ sind und damit von der Allgemeinheit „gerettet“ werden und nahezu unsanktioniert mit diesem Gebaren fortfahren können.

Gemein ist all diesen Protesten aber auch, dass sie eher kurzweilig und nicht konstant sind und in den Parlamenten die vorgebrachten Forderungen nur begingt Einzug halten bzw. nur punktuell, die Struktur in Gänze sich aber nicht ändert.

Wäre es daher möglich und auch sinnvoll, mit populistischen, allgemeinverständlichen und griffigen Slogans durch eine politische Partei, diese horizontale Bewegung für eine vertikale Politik aufzugreifen und damit die Forderungen der Straße in die Parlamente zu tragen? Und wo ist die Grenze zwischen einem sich inspirieren lassen und Forderungen aufgreifen zu Manipulation und Steuerung von Protesten? Und könnte DIE LINKE so etwas leisten? Oder geht es ihr dann wir der linken spanischen Partei Izquierda Unida, die mit dem Aufkommen von Podemos massiv an Zuspruch verloren hat?

Wäre es z.B. auch möglich gewesen, zu Beginn der PEGIDA-Proteste die Bewegung, die sehr viele rechte Momente in sich trug, aber durchaus auch einige linke Aspekte, wie z.B. die Angst vor Abstieg aufgrund lückenhafter sozialer Sicherungssysteme oder des Arguments, es müsse in den Herkunftsländern von Flüchtlingen für bessere Bedingungen gesorgt werden – was ja z.B. hieße, dass in der BRD die Rüstungsindustrie massiv zurückgefahren werden müsste, die Ausbeutung von Rohstoffen und Arbeitskräften in weniger mächtigen Ländern gestoppt werden müsste – beides durchaus linke Forderungen.

Wäre es also möglich – und auch wünschenswert – gewesen, z.B. diese linken Momente durch passende, allgemeinverständliche Forderungen stark zu machen und damit zu versuchen, die PEGIDA-Bewegung und andere Proteste in eine eher linke Bewegung zu kanalisieren, die Unsicherheit und Ängste nicht in eine Sündenbocksuche laufen zu lassen, sondern eine Kritik an der globalen und von der BRD ganz prominent betriebenen Kapitalisierung und Ausbeutung von Mensch und Natur? Oder wäre das eine Verfälschung und damit auch eine Manipulation?

Wie weit kann man komplexe politische Forderungen und Entscheidungen in kurze Slogans runterbrechen? Geht das überhaupt oder geht mit einer solchen Vereinfachung und Verkürzung immer auch eine Verfälschung einher? Lässt man mit einer Verkürzung und Vereinfachung falsche Hoffnungen und Ansprüche aufkommen, die keineswegs links sind? Und ist es möglich, eine Bewegung der Straße in Partei- und parlamentarische Politik zu überführen, ohne sie damit auch einzunehmen und die Straßenproteste überflüssig zu machen? Oder ist genau diese – wenn auch verkürzte – populistische Zuspitzung durch eine linke Partei notwendig, um die Repräsentationskrise und den Mitte-Kurs zu durchbrechen?

Fragen, die kaum eindeutig beantwortet werden können, es sich aber durchaus lohnt, sie zu diskutieren.

Gemeinsam für Dresden

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

am 7. Juni 2015 ist Oberbürgermeisterwahl. Die Dresdnerinnen und Dresdner, Sie dürfen dann direkt entscheiden, wer in den kommenden sieben Jahren die Entwicklung Dresdens gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und den Stadträten lenkt. Es geht um die einfache und gleichzeitig so komplizierte Frage: Wie soll unsere gemeinsame Zukunft in Dresden aussehen? Was erwarten wir von einer Stadt wie Dresden, die gleichzeitig jünger und älter wird? Was muss unsere Stadt bieten, damit wir und alle die Menschen, die bei uns ihre neue Heimat finden, auch in den kommenden Jahren gut hier leben können?

Wir brauchen eine neue Kultur des Miteinanders. Wir brauchen eine Stadt, die für alle da ist, die gemeinsam entwickelt wird und in der Bürgerinnen und Bürger mitentscheiden dürfen – nicht nur bei Wahlen. Ich kenne Dresden seit über vierzig Jahren und weiß, dass unsere Stadtteile sehr unterschiedlich sind. Wir brauchen Menschen, die wissen wie es den Bürgerinnen und Bürgern geht – in Loschwitz und in Gorbitz, in der Neustadt und in Prohlis - in allen Teilen unserer Stadt. Ich kann und will es nicht akzeptieren, dass in Dresden Menschen sozial abgehängt werden, unabhängig davon, ob sie alt oder jung, allein oder in Familie, im Job oder arbeitsuchend, hier geboren oder zugewandert sind. Wir alle prägen gemeinsam diese Stadt.

Um jedem Kind die besten Grundlagen für sein Leben mitzugeben, muss es den Familien in der Stadt gut gehen, müssen Eltern Arbeit haben, muss allen Kindern in guten Kindertagesstätten und Schulen beste Bildung ermöglicht werden. Der Ausbau von Kitas und Schulen in den kommenden Jahren muss Priorität haben.

Dazu gehört auch ein Paradigmenwechsel in der Wohnungspolitik. Neben der Schaffung bezahlbaren Wohnraums für alle, muss die Konzentration von Wohnungen mit Belegungsrechten z.B. in Gorbitz oder Prohlis schrittweise aufgehoben werden.

Wir werden die Potentiale Dresdens heben und dazu gehört auch die Wirtschaft zu stärken. Unternehmen, die in der Stadt aktiv sind, und wachsen wollen, sollen diese Möglichkeit hier erhalten und nicht ins Umland abwandern, wie in den vergangenen Jahren in großer Zahl geschehen. Neugründungen aus der Wissenschaft und Ansiedlungen auch



Annekatri Klepsch, Eva-Maria Stange und Katja Kipping am 1. Mai beim LINKEN-Picknick im Alaupark in der Dresdner Neustadt
Fotos: Uwe Schaarschmidt



Eva Maria Stange bei ihrem Wahlkampfauftakt am 25. April in der Hauptstraße

aus dem Ausland werden nur mit einer professionellen Wirtschaftsförderung gelingen. Wirtschaft schafft Arbeitsplätze und Einkommen, deshalb muss Wirtschaftsförderung Chefsache sein.

Ich möchte eine Stadt gestalten, die alle Bürgerinnen und Bürger teilhaben lässt. Sport, Kultur, Mobilität und Bildung müssen für alle erschwinglich sein. Dafür brauchen wir mehr aktive Mitsprache bei gleichzeitiger Bereitschaft zuzuhören. Ich will, mit regelmäßigen Bürgersprechstunden und Stadtteilrunden, offen sein, für die Anliegen und Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger. Nur wenn diese frühzeitig und ernsthaft in die Entwicklung und Veränderung ihres Stadtteils einbezogen werden, wird es auch gelingen, Konflikte frühzeitig zu erkennen und Kompromisse zu finden.

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

ich will Oberbürgermeisterin in Dresden werden, weil ich zusammen mit dem Stadtrat und den Menschen eine sozial gerechte und bürgernahe, tolerante und weltoffene, moderne und wirtschafts-

starke Stadt für die Zukunft entwickeln und gestalten möchte. Unsere Stadt ist schön und zieht viele Menschen in ihren Bann. Aber sie hat Herausforderungen zu bewältigen, die nur gemeinsam mit den Dresdnern und nicht gegen sie zu lösen sind. Die Aufgabe einer Oberbürgermeisterin beschränkt sich nicht darauf zu repräsentieren. Eine Oberbürgermeisterin muss nicht nur die Ärmel hochkrepeln sondern tatsächlich auch anpacken. Eine Oberbürgermeisterin muss zuhören können und vereinen, statt zu spalten. Sie muss erste Bürgerin sein, aber eben gemeinsam mit den anderen Bürgerinnen und Bürgern. Ich bitte Sie um Ihr Vertrauen und lade Sie ein, mir und dem überparteilichen Wählerbündnis „Gemeinsam für Dresden“ Ihre Stimme zu geben.

Ihre
Eva-Maria Stange

Alle Informationen zum Wahlkampf mit Eva-Maria Stange im Internet unter:
www.gemeinsam-fuer-dresden.de

OBM-WAHLSPITTER

Für ganz Eilige gibts die Briefwahl

Auf postalischem und dem elektronischen Weg kann ab sofort jeder die Ausstellung von Briefwahlunterlagen beim Wahlamt beantragen.

Schriftlich: Rückseite der Wahlbenachrichtigung ausfüllen und abschicken. Um die Briefwahlunterlagen persönlich zu beantragen, können Wahlberechtigte das Briefwahlbüro der Landeshauptstadt Dresden aufsuchen. Hier kann auch sofort vor Ort gewählt werden. Das Briefwahlbüro ist barrierefrei zu erreichen.

per Mail: Wahlamt@dresden.de

Übers Internet:

möglichst mit dem bereitgestellten Online-Wahlscheinantrag unter:
www.wahlschein.de/IWS/start.do?mb=1461200

Bei einem zweiten Wahlgang, der am 05. Juli stattfinden würde, ist es nicht nochmal nötig, per Antrag Briefwahlunterlagen zu bestellen, die Zusendung der Briefwahlunterlagen erfolgt an die beim ersten Wahlgang angegebene Adresse.

Wahlparty am 07. Juni

Last but not least wird am 07. Juni natürlich eine Wahlparty zur Feier des Tages stattfinden. Alle, die gemeinsam mitfeiern wollen, sind sehr herzlich **am Sonntagabend ab ca. 17 Uhr** eingeladen. Der Veranstaltungsort stand bei Drucklegung noch nicht fest; aktuelle Informationen gibts im Internet, unter: www.gemeinsam-fuer-dresden.de und in gut informierten Kreisen unter **Tel.: 85 83 801** bei **Uli Reinsch im Haus der Begegnung**.

Drei gute Taten für die OB-Wahl am 7. Juni in Dresden:



Dr. Eva-Maria Stange

Unterstützungserklärung im Internet auf:
gemeinsam-fuer-dresden.de

Warum ich Eva-Maria Stange als Oberbürgermeisterin wähle

Spenden für den Wahlkampf: Konto DIE LINKE Dresden

IBAN DE94850503003120171416
Ostsächsische Sparkasse Dresden
Verwendung: Spende Wahlkampf

Am 07. Juni:

- aufstehen
- frühstücken
- waschen&anziehen
- Eva-Maria Stange wählen!

Gemeinsam für Dresden.

Unterstützen.

Spenden.

Wählen!

Absage der Veranstaltung mit Professor Patzelt

von Tilo Kießling

Am Rande der Veranstaltungen zum 1. Mai haben Mitglieder der LINKEN Veranstaltungsinformationen gefunden, auf denen die Initiative Demokratischer Sozialismus und der Stadtverband Dresden zu einer Veranstaltung mit Professor Patzelt als einzigem Referenten einladen. Der Termin sollte der 12. Mai sein. Professor Patzelt steht im Moment in einer Auseinandersetzung, bei der sich politikwissenschaftliche und tagespolitische Argumente durchdringen. Der hauptsächlich tagespolitische Vorwurf ist, Professor Patzelt habe durch einseitige Äußerungen die Akzeptanz für die ausländerfeindliche rechtspopulistische PEGIDA-Bewegung bewusst erhöht.

Diesen Vorwürfen wiederum begegnet Professor Patzelt mit hauptsächlich politikwissenschaftlichen Argumenten, die die Korrektheit und Plausibilität seiner wörtlich gemachte Aussagen verteidigen. Dem Stadtverband lag ein Eilantrag vor, der verlangte, sich in deutlichen Worten von dieser Veranstaltung zu distanzieren. Der Stadtverband hat sich sodann in einem Umlaufbeschluss mehrheitlich dazu verständigt, diese konkrete Veranstaltung abzusagen und ein Angebot ausgesprochen, gemeinsam mit der IDS eine Veranstaltung zu konzipieren, bei der Professor Patzelt und weitere DiskutantInnen teilnehmen können.

DIE LINKE. Dresden im Internet:
www.sammelblog.lise-dd.de

Für mich war dies der erste Fall, dass eine Gliederung im Namen des Stadtverbandes, aber ohne vorherige Absprache mit dem Vorstand eine Veranstaltung durchführen wollte. Bisher war es gute Sitte, dass wir informiert wurden und uns so in die Vorbereitung einbringen konnten.

Aus meiner Sicht drücken Veranstaltungen mit nur einem Referenten immer auch aus, dass der Veranstalter genau diesem Referenten ein Podium bieten will und sich weitgehend mit dessen Aussagen identifiziert. Dies ist unter den gegebenen Umständen nicht die Haltung des Stadtverbandes zu Professor Patzelt. Will man bewusst streitbare und umstrittene Vortragende einladen, muss dies im Text der Einladung auch klar erkennbar sein. Ich hoffe, dass in Zukunft Klärungen dieser Art rechtzeitig vor der Veröffentlichung von Veranstaltungseinladungen erfolgen und der Vorstand sich nicht mehr mit Notmaßnahmen beschäftigen muss.

8. Mai: Tag der Befreiung in Dresden

„Die Lehre des 8. Mais 1945 war, ist und bleibt, dass von Deutschland nie wieder Krieg ausgehen darf. Dazu gehört auch, dass keiner in diesem Land von Tod und Leid anderer profitieren darf. Wir treten ein für ein friedliches Deutschland umzingelt von Freunden. Für uns ist und bleibt der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung, der Tag des Sieges über die Unmenschlichkeit.“
(Aus der Erklärung des Landesvorstands DIE LINKE. Sachsen)



Rico Gebhardt und Annekatri Klepsch bei der Kranzniederlegung auf dem sowjetischen Garnisonfriedhof
Foto: Carola Wähler



Die Lesung in der WirAG mit Texten von Klemperer, Wolf, Semprun, Kästner u.a.

Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist vollzogen? Schön wär's!

von Sarah Buddeberg

Wäre der Monat nicht schon fortgeschritten gewesen, hätte ich es für einen Aprilscherz gehalten: Die AfD-Fraktion hat im Landtag allen Ernstes beantragt, die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten abzuschaffen. Mit der Begründung, die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen sei längst vollzogen, besonders im beruflichen Alltag. Natürlich habe ich im Plenum mit einer bissigen Rede gekontert, die die Absurdität dieser Behauptung offenlegt (nachzulesen und zu hören auf www.sarah-buddeberg.de). Nicht nur der Verweis auf den Einkommensunterschied zwischen weiblichen und männlichen Kolleg_innen straft die AfD Lügen, der bundesweit immer noch bei 22% liegt. Auch die Statistik über Spitzenjobs zeigt im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit nach wie vor ein trauriges Bild: Je höher die Position, desto geringer der Frauenanteil. Aus diesem Grund wurde auf Bundesebene erstmals eine gesetzliche Frauenquote für Aufsichtsräte börsennotierter Unternehmen beschlossen. Nun mag man zu diesem Instrument stehen wie man will – die Realität hat gezeigt, dass eine Selbstverpflichtung von Unternehmen wirkungslos bleibt. Die Einkommensungleichheit ist kein Luxusproblem, sondern wirkt sich ganz akut auf die gesellschaftliche Teilhabe von Frauen aus.

Zugleich zementiert sie traditionelle Rollenbilder, wenn zum Beispiel beim Ehegattensplitting das oftmals niedrigere Einkommen der Frau höher ver-



Beim Girl's Day in der LINKEN Landtagsfraktion

Foto: Anton Hörtels

steuert wird. Und nicht zuletzt wirkt sich die Ungleichheit natürlich auch auf die Rentenansprüche aus. Nimmt man hier noch die immer noch zum größten Teil von Frauen übernommenen „Arbeitspausen“ für Kindererziehung und Pflege von Angehörigen hinzu, verschärft sich das Bild dramatisch.

Dass die AfD diese Fakten ignoriert, hat Methode – hier sollen ganz gezielt traditionelle Rollen reproduziert werden. Wie ernst sie es mit ihrem Kampf gegen die Gleichberechtigung jedoch meinen, ist in der Landtagsdebatte um den Doppelhaushalt deutlich geworden: Dort stellte sie den Antrag, die Mittel für Gleichstellungsarbeit, also auch die von Vereinen und Initiativen komplett zu streichen. Nun können wir froh sein, dass die AfD keine Mehrheit

hat und all ihre makabren und realitätsfernen Anträge abgelehnt wurden. Mit Blick auf die Entwicklungen in Dresden (Pegida) wird die Notwendigkeit von Gleichstellungspolitik aber umso deutlicher. Es gilt auch hier, einem negativen Trend durch politisches Handeln entgegenzutreten und den gesellschaftlichen Diskurs mitzubestimmen.

Dies haben wir am 23. April in der Landtagsfraktion wieder ganz praktisch versucht. An diesem Tag waren 16 junge Frauen bei uns zu Gast, um unseren Workshop zum „Girl's Day“, dem Mädchenzukunftstag, zu besuchen. An diesem Tag werden bundesweit Mädchen dazu eingeladen, in geschlechtsuntypische Berufe „reinzuschnuppern“. Dazu gehört natürlich auch die Politik, die nach wie vor männerdominiert ist. Hier

Queer durch Europa

Zur (Un)Sichtbarkeit von LGBTI* in Polen, Schweden und Deutschland

Welche gesellschaftlichen Entwicklungen gab es in den vergangenen Jahren?

Podiumsdiskussion mit MdEP Cornelia Ernst; Cecilia Wikström, schwedische Europaabgeordnete; Anna Grodzka, Mitglied im polnischen Parlament, und Sarah Buddeberg, Mitglied im Sächsischen Landtag

04. Juni | 19 Uhr | Altes Wettbüro

Antonstraße 8 | Dresden-Neustadt

sind Frauen nach wie vor unterrepräsentiert: Im Sächsischen Landtag liegt der Frauenanteil lediglich bei 31,7%. Unser Ziel für diesen Tag war es, die jungen Frauen dazu zu ermutigen, selbst aktiv zu werden und ihre Anliegen und Interessen eigenständig zu vertreten. Die Themensetzung ist von den Mädchen selbst gekommen, in Kleingruppen haben sie dann Fragen erarbeitet und im Interview mit Landtagsabgeordneten politische Handlungsstrategien gesucht. Unter anderem spielten Diskriminierung in der Schule, Umgang mit Asylsuchenden und die Aufwertung von Ausbildungsberufen eine Rolle. Es war ein spannender und ermutigender Tag. Am Ende hatten wir den Eindruck, dass die Mädchen mit eigenen Projektideen und viel Motivation aus dem Landtag spaziert sind.



Zerstörung des Elbradwegs

Vom Gebrauch des Eigentums zur Diktatur des Kapitals

von Tilo Wirtz

Wer sich die Freiheit nimmt, zivilen Ungehorsam zu üben und sich zur Blockade einer Nazi-Demo auf eine Kreuzung setzt, darf sich der besonderen Zuwendung von sächsischer Polizei und Justiz sicher sein. Die Freiheit zur Gegendemonstration in Sicht- und Hörweite ist garniert mit dem Einsatz von Knüppeln und Pfefferspray bei Einkesselung und Feststellung der Personalien und wird garantiert noch jahrelang streng vor Gericht aufgearbeitet. Die Kosten der Prozessführung und die Strafe können beträchtlich sein und für die Einzelnen existenzbedrohend werden. Lautsprecherwagen werden noch aus anderen Bundesländern als Tatwerkzeuge abgeschleppt, beschlagnahmt und jahrelang dem Eigentümer entzogen. Die örtliche Presse wird den Täter_innen offen oder zumindest leise raunend grundgesetzwidrige Umtriebe unterstellen.

Wer sich die Freiheit nimmt, als „Architektin“, „Investorin“ oder „Eigentümerin“ zur Erzwingung von Baurecht ein Stück einer öffentlich gewidmeten und der Stadt gehörenden Verkehrsanlage mit Ansage zu zerstören, darf sich besonderer Fürsorge der Lokalpresse sicher sein. Selbst wenn bei der Aktion offensichtlich geltendes Recht gebrochen wird, es geht um gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr, Nötigung und Sachbeschädigung, wird die Haupttäterin tagelang großformatig BILDlich in Szene gesetzt, bekommt Gelegenheit zu ausführlichen Befindlichkeitsinterviews, darf in primitivster Wortwahl den Stadtrat – dabei insbesondere Rot-Rot-Grün (die Piraten wurden nicht erwähnt) – beschimpfen, dessen einzelne Vertreter_innen sich allenfalls am Rande allgemein zum Vorgang selbst äußern dürfen, allerdings ohne vorher die Anschuldigungen der Gegenseite gekannt zu haben. Selbst wenn die mutmaßliche Haupttäterin zu blöd war, die auf ihrem Grundstück verlaufende Stelle des Elbradweges zu treffen und sich auf städtischem Grund zu schaffen machte, ist sie öffentlich nicht persona non grata, sondern wird als besondere Sensation aufleuchtend auf den Schild gehoben. Doch schon dass die Presse teilweise vorher von der Aktion informiert war und den Tathergang direkt via Internet



Foto: Uwe Schaarschmidt

übertrag, dabei der Täterin in flagranti Gelegenheit zu ausführlichen Interviews gab, ist presseethisch verwerflich. Nicht zuletzt das Maß an öffentlicher Verstärkung zusammen mit dem unzureichend abgesicherten Einsatz von Baugerät und der Bedrohung durch zwei „Gorillas“, die unberechtigt Passant_innen an der Nutzung des Weges hinderten, trug zur Eskalation vor Ort bei.

Die schnell alarmierte Polizei betrat die Szene erst, nachdem der Elberadweg „fertig“ zerstört war. Sie beschränkte sich auf die Absperrung des Tatortes und die Abführung einer Person, die die Nerven verloren und die Haupttäterin geohrfeigt hatte, während diese selbst und ihre Komplizen augenscheinlich völlig unbehelligt blieben. Die Bagger, die auf der Straße maximal zwanzig Kilometer pro Stunde machen, entkamen der Staatsmacht. Es ist nicht bekannt, ob auch nur die Personalien aller Tatbeteiligten aufgenommen worden sind. Auch dieses Verhalten ist fragwürdig.

Es geht aber um mehr, nämlich um die Frage, dass der demokratisch und damit gesetzlich legitimierte Eingriff in den Gebrauch von Eigentum mehr oder

weniger unverblümt geleugnet oder gar verweigert wird. Bereits die Kündigung und Räumung des Freiraum Elbtal und die anschließende Zerstörung der Häuser war eine Machtdemonstration, bei der angesichts der Vernichtung eines gewachsenen soziokulturellen Zentrums und der mittelfristig nicht absehbaren anderen Nutzung demonstriert wurde: „Ich darf als Besitzer mit meinem Besitz willkürlich umgehen und ihn sogar gegen jede Vernunft zerstören.“ Dies ist noch im Rahmen des gesetzlich Zulässigen. Eine neue Qualität ist allerdings die Zerstörung eines öffentlich gewidmeten Weges. Hier wird demonstriert, dass der Besitz das Recht brechen dürfen soll. Die demokratisch legitimierte und legitimierenden Gremien werden als unfähig hingestellt und es wird im Stile einer Erpressung „Baurecht her oder Elberadweg weg!“ ultimativ gefordert, dass, wenn überhaupt, die Institution Demokratie gefälligst den Gebrauch und die maximale Verwertung von Eigentum nicht nur nicht per Mitsprache zu stören, sondern stromlinienförmig abzunicken hat. Die Instrumente des Bauplanungsrechtes und öffentliche Belange, auch nur einen Weg über ein Grundstück zu führen, sind gefälligst nicht anzuwenden.

Es ist gegenwärtig ein wenig vergessen worden, dass Demokratie nach freien gleichen und geheimen Wahlen 1919 und der Sozialstaat 1949 gegen ein großes Zugeständnis errichtet worden sind, nämlich dass die feudale Besitzordnung weitgehend unangetastet bleibt. So können beispielsweise noch heute die Wettiner in Dresden nach 1989 rückübertragene Grundstücke in bester Lage verkaufen, die in vordemokratischer Zeit auf Grund einer privilegierten gesellschaftlichen Stellung erworben worden sind und für die die heutigen Nutznießer keinen Finger krumm machen mussten. Auf der anderen Seite besteht – zunehmend prekär werdende – soziale Sicherheit, bei weitgehendem Ausschluss des Erwerbes von Besitz. Bekanntlich nimmt die Vermögenskonzentration zu. Es wird an der gesellschaftlichen Linken sein, nicht nur die soziale Gerechtigkeit zu verteidigen, sondern auch wieder die Eigentumsfrage zu stellen. Denn „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ So steht es im Grundgesetz.

Mit diesem Newsletter informiert DIE LINKE. Fraktion gleich im Anschluss an die aktuelle Ratsitzung alle Interessenten per Mail über die wichtigsten Entscheidungen des Stadtrates: www.linke-fraktion-dresden.de/presse/newsletter

Neuigkeiten aus dem Dresdner Stadtrat

Mai 2015

DRUCKSACHE #5

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat · Rathaus · Dr.-Külz-Ring 19 · Zimmer 1/176 · 01067 Dresden · 0351/488-2822 · linke-fraktion@dresden.de · www.linke-fraktion-dresden.de

Politischer Terrorismus

Fassungslosigkeit:

MARINA GARDEN

Während der Stadtrat über eine Veränderungssperre für das Gelände Leipziger Straße/Alexander-Puschkin-Platz entscheidet, baggert die Investorin, die dort den Luxuskomplex Marina Garden platzieren will, den Elberadweg weg. FDP und CDU springen der Investorin während der Debatte bei - absurd angesichts eines rechtswidrigen Aktes.

Für Tilo Wirtz ist "der untertänige Ton gegenüber einer wild gewordenen Baulöwin absolut fehl am Platze. Dies ist ein verabscheuungswürdiger Akt von Selbstjustiz und ich fordere die Verwaltung auf, sich dem mit aller Härte entgegenzustellen. Dieser Akt der politischen Erpressung ist zu einem Akt des politischen Terrorismus geworden. Nicht nur Rot-rot-grün-orange, nein, Dresden wird sich nicht

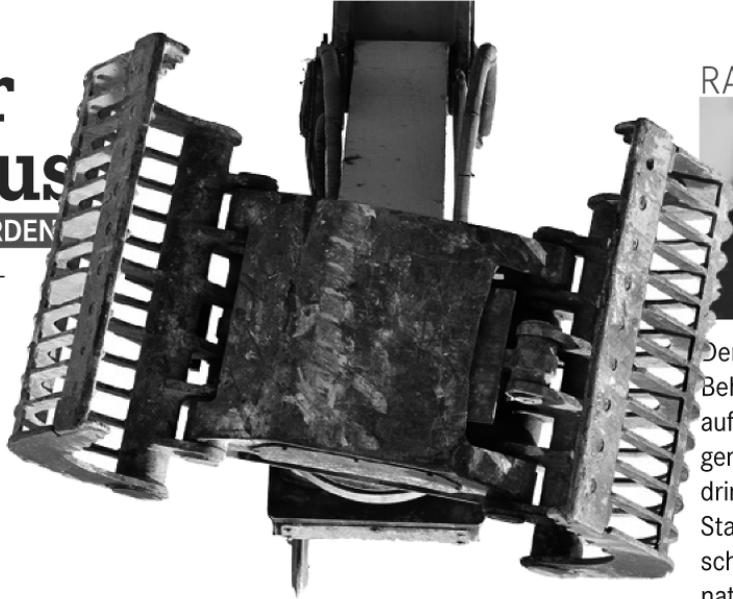
erpressen lassen." André Schollbach ergänzt: "Dieses Verhalten wird sowohl strafrechtliche als auch verwaltungsrechtliche Konsequenzen haben. Für dieses Verhalten werden sich die Beteiligten vor Gericht zu verantworten haben." Für Rot-grün-rot-orange bleibt es dabei: Wir wollen keine Luxusbebauung, wir wollen Hochwasserschutz, ausreichend Grün und bezahlbare Wohnungen.

"Es ist wichtig, dass die wesentlichen gesellschaftlichen Kräfte in der Stadtspitze vertreten sind, weil es die wesentlichen gesellschaftlichen Kräfte dazu zwingt, miteinander ins Gespräch zu kommen.

Wir bauen die Verwaltungsspitze um, es findet eine Verwaltungsreform statt. Vor einigen Jahren wurde die Zuständigkeit für Krankenhäuser an den Beigeordneten für Ordnung und Sicherheit gegeben. Das habe ich nie verstanden. Jetzt wandert sie in die Verantwortung des Sozialbürgermeisters, wo sie hingehört. Und auch die Liegenschaften: Sie liegen momentan in der Verantwortung des Finanzbürgermeisters und werden auch so behandelt - als reine Spekulationsobjekte. Sie gehören in den Bereich Stadtentwicklung, weil sie von zentraler Bedeutung sind für eine Stadt, die unter anderem in ihrer Mitte mehr mittel- und niedrigpreisigen Wohnraum schaffen will. Und noch etwas: Nehmen Sie es mir nicht übel, aber seit Jahren sitzt hier vorne eine traurige Männerriege. Auch das werden wir ändern.", erklärte André Schollbach.

Neuanfang durch Umbau

Rot-grün-rot-orange hat heute die Hauptsatzung geändert und eine neue Struktur der Geschäftsbeiräte der Stadtverwaltung beschlossen und damit den Weg frei gemacht für ein Modell, das von SPD, Grünen, LINKEN und CDU unterstützt wird. André Schollbach in der Debatte:



RATSSPLITTER



Beherbergungssteuer

Der Stadtrat hat heute die Einführung einer Beherbergungssteuer, die von der Verwaltung aufgrund einer Initiative von R2G vorgeschlagen wurde, beschlossen. Diese Steuer wird dringendes Geld in Millionenhöhe in die Stadtkasse bringen. Kinder, Jugendliche, Geschäftsreisende und Ausbildungsreisende sind natürlich ausgenommen.



Neues Rathaus

Zu Beginn widmete sich der Stadtrat der von der SPD eingebrachten Aktuellen Stunde zur Sanierung des Neuen Rathauses. Für Rot-grün-rot-orange gilt: Bescheidenheit beim Bau und Risikominimierung. Bei der Instandsetzung der Leuchten nach historischem Vorbild setzen wir auf Fördermittel aus Denkmalschutzprogrammen.



Kein Kinderspiel

Fortschreibung der Spielplatzentwicklungskonzeption - unsere Änderungsforderungen wurden beschlossen: Pilotprojekte für die Öffnung von Schulhöfen, Prüfung zusätzlicher Spielplatzstandorte, Sicherung einer geeigneten Fläche auf dem Gelände des Kraftwerks Mitte, Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen bei der Planung, Fertigstellung von Sportflächen auf dem Gelände des künftigen Wissenschaftsstandortes Ost für die öffentliche Nutzung.

Mobilisierung für Mobilität hat sich gelohnt

von Pia Barkow

Nach vielen und langen Gesprächen mit dem Sozialamt und den Dresdner Verkehrsbetrieben konnten wir jetzt unseren Antrag zur Verbesserung des Sozialtickets einbringen. Damit ist ein erster wichtiger Schritt des Wahlziels erreicht. Bereits im Haushaltsbeschluss im letzten Dezember haben wir den Anteil der städtischen Zuschusselder eingestellt – nun kam es darauf an, ob wir die Verkehrsbetriebe zur Kofinanzierung bewegen können und in welcher Höhe diese ausfällt.

In den Verhandlungen konnten wir uns darauf einigen, dass die Abo-Monatskarten künftig nur 50% des regulären Fahrpreises kosten werden – und damit eine zentrale Forderung unseres Wahlprogramms erfüllen. Auch die anderen Fahrkarten, die Bar-Monatskarte, 4er-Karten und auch Monatskarten, die über die Stadtgrenze hinaus gel-

ten, sollen vergünstigt werden oder zumindest so günstig bleiben wie bisher.

Der Antrag muss nun in den Fachausschüssen beraten und letztlich im Stadtrat mit einer Mehrheit angenommen werden. Nach jetzigem Stand können wir da zuversichtlich sein, dass sich alle Inhaberinnen und Inhaber eines Dresden-Passes ab November über deutlich günstigere Fahrkartenpreise freuen können. Einen Dresden-Pass können alle Personen beantragen, die über ein geringes Einkommen verfügen, Hartz VI oder die Grundsicherung im Alter beziehen sowie Asylsuchende. Für die Teilhabe am öffentlichen Leben ist Mobilität unerlässlich und Menschen mit schmalen Geldbeutel brauchen hier eine finanzielle Unterstützung. Denn Teilhabe darf keine Frage des Einkommens sein.



Ein Archivfoto aus dem Jahr 2009: Gemeinsam mit Stefan Kühn (Die Grünen), Ines Vogel (SPD) und vielen AkteurInnen sozialer Initiativen und Verbände gründete Katja Kipping das Aktionsbündnis Dresdner Schüler- und Sozialticket. Nun, sechs Jahre später, ist mit Rot-Grün-Rot-Orange in Dresden ein wichtiges Ziel des Aktionsbündnisses, die Reduzierung um die Hälfte für Monatskarten, endlich erreicht.
Foto: Max Kretzschmar

Mietpreisbremse bei Umzug – Zäpfchen oder Chance?

von Dr. Kris Kaufmann

Wer glaubt, dass ein alleiniges Mehr an 5.000 Wohnungen eine neue Wohnungs- und damit auch Sozialpolitik in Dresden bedeutet, der irrt nicht nur, sondern der muss scheitern.

Seit vielen Jahren dreht sich die Preisspirale auf dem Mietwohnungsmarkt kontinuierlich nach oben. Moderat sagen die einen. Sie heißen Vermieter. Beängstigend sagen die anderen. Man nennt sie Mieter.

Es ist wenig überraschend, dass es nicht DAS Mittel gibt, die Preisspirale auf dem Wohnungsmarkt zu verlangsamen. Vielmehr bedarf es der Erarbeitung städtischen Verhältnissen angepasster Maßnahmen und Instrumente. Dazu zählt u. a. auch eine Verwaltungsstruktur, die das Thema „Wohnen“ neben „Bildung“ zur Chefsache macht. Mit der Wahl neuer Beigeordneter im Spätsommer 2015 wird auch die Ämterstruktur neu geregelt. Bis es soweit ist, sollte ein Instrument, welches bundesweit auf angespannten Wohnungsmärkten zum Einsatz kommen kann, in Dresden etabliert werden: das Mietrechtsnovellierungsgesetz. Es regelt ab Juni 2015 nicht nur das bundesweite Bestellerprinzip bei Maklern neu, sondern ermöglicht nun auch das Heranziehen des Mietspiegels beim Abschluss eines Mietvertrages, sofern das Land seine Zustimmung dafür erteilt hat.

Die Ziele des Gesetzes sind einfach formuliert: Wohnraummietende sollen vor überteuerten Verträgen und aufgezwungenen Maklerkosten geschützt werden. Für ersteres muss der Freistaat Sachsen auf Basis eines Indikatorensystems festlegen und sachlich begründen, in welchen Gemeinden so genannte angespannte Wohnungsmärkte gegeben sind. Die Mietpreisbremse kann hier für bis zu fünf Jahre festgelegt werden.



Foto: Rainer Sturm / pixelio.de

Insbesondere in Ballungsräumen wie Dresden könnte auf diese Weise den durch Neuvermietung bisher ungedeckt steigenden Mieten zumindest etwas Einhalt geboten werden. So geht ein vom Sächsischen Innenministerium in Auftrag gegebenes Gutachten von Empirica (2014) davon aus, dass bei Bezug einer Dresdener Wohnung ein durchschnittlicher Mietpreisanstieg gegenüber dem Vormieter von 20 % gegeben ist. Der Mieterverein Dresden weiß von Spitzen von bis zu 80 % zu berichten. Trotzdem bereits heute bei Mietwucher eine strafrechtliche Verfolgung möglich ist, spielt bei Neuvermietungen bisher die ortsübliche Vergleichsmiete des Mietspiegels keine Rolle. Mit Inkrafttreten des neuen Gesetzes dagegen darf der Mietpreis künftig höchstens zehn Prozent über dem Niveau der ortsüblichen Vergleichsmiete und damit dem Mietspiegel liegen. Ausnahmen bilden Erstbezüge von Neubauten sowie

Erstbezüge nach umfassender Modernisierung. Selbstredend hätte sich die linke Seite mehr gewünscht, aber es ist zumindest ein Anfang, verstärkt intervenierend auf Preisentwicklungen auf dem Wohnungsmärkten einzuwirken.

Parallel galoppieren Baukosten und Nebenkosten davon. Auch hier gilt es ein gesundes Maß an Normen zu schaffen, die eine Bezahlbarkeit zu Wohnzwecken für durchschnittliche Nutzer ermöglichen und Systeme zu etablieren, die einen maßvollen Umgang mit Ressourcen befördern, ohne dass flächendeckend per Gesetz an der Preisschraube gedreht wird.

Nicht ganz unabhängig von diesen Entwicklungen, aber durch wachsende Nachfrage befeuert, entwickelt sich der Dresdener Wohnungsmarkt äußerst dynamisch. Die Begrenzung von Mietsteigerungen ist deshalb unverzüglich erforderlich. So steigen die Mieten in

Dresden deutlich stärker als im bundesweiten Durchschnitt. Während der letzte Mietspiegel DD (2012-2014) ein Plus von 5,7 % aufwies, sind es im bundesweiten Durchschnitt nur 3,0 % (Destatis 2015). Wohnungen in Dresden sind mit 6,50 €/m² erstmals teurer als im Bundesdurchschnitt (6,26 €/m², Empirica 2014). Wenn es der Stadt Dresden nicht gelingt, für ihr lokalspezifisches Problem die Landesebene zu sensibilisieren, wird es unweigerlich zu einer steigenden Schieflage auf dem Markt kommen.

Doch auch selbst kann die Stadt weitaus mehr tun, als in den vorangegangenen Jahren. Eine verstärkte Mobilisierung von Flächen zu Wohnbauzwecken ist genauso erforderlich, wie schlanke, aber dennoch kritische Genehmigungsverfahren. Hierbei wird deutlich, dass eine aktive kommunale Wohnungspolitik mit Nichten nur ein baupolitisches Thema ist, sondern eine Erneuerung und Bündelung von Zuständigkeiten in der Verwaltung erfordert. Auf diese Weise können einerseits Planungen zeitlich gestrafft, andererseits Investoren, Vermieter und Wohnraumsuchende schnell informiert und zielgerichtet unterstützt werden. So wurde bspw. auf Antrag der Linken im Frühjahr 2015 ein Antrag mit Mehrheit beschlossen, dass in jedem öffentlichen sowie privaten Bauplanverfahren anteilig preisgünstige Wohnungsangebote auszuhandeln sind (so genannte Sozialbauverpflichtung).

Ggf. sollte auch über ein ‚neues‘ Amt für Wohnen nachgedacht werden, denn eine kommunale Wohnungspolitik muss mehr sein, als ein Warten auf ein neues Wohnkonzept oder die Abarbeitung von Bauanträgen bzw. langwierigen Planverfahren.

KOLUMNE

ganz
hinten
links



von Jens Matthis

Es ist das erste und letzte Mal, dass ich einen Tatort rezensiere, wenn auch äußerst unwillig.

Das Thema Immobilienspekulation ist nicht ganz neu, aber wird immer mal wieder gern genommen, vor allem wenn Morde im Rotlichtmilieu, Kindesentführungen und internationale Bandenkriminalität gerade durch sind. Kann man alles machen, aber: Luxuswohnungen im Hochwassergebiet – ist das nicht ein wenig zu dick aufgetragen? Da steigen doch schon die ersten Zuschauer aus.

Dass die lokale Kommunalpolitik ganz tief im Sumpf mit drinsteckt, versteht sich von selbst. Aber nein, es geht nicht um Korruption, Mausechlei und delikate Beziehungen aller Art, sondern um eine schöne, blonde Baulöwin aus dem Boxermilieu (welch kitschiges Klischee – muss das sein?), die versucht mit zivilem Ungehorsam und Sponti-Methoden ihr Baurecht durchzusetzen.

Während das Ermittlerteam vollkommen blass bleibt, trifft sich deren oberster Dienstherr, der Innenminister, mit dem blonden Luder, um sie wieder auf den „rechten Weg“ zu bringen, wie er den ungläubigen Bürgern vollmundig verspricht. Prompt scheitert er damit. Nein, liebe Drehbuchautoren, so unbedarft muss man Politiker nicht darstellen, wenn man nicht noch mehr Politikverdrossenheit erzeugen will.

Dass jemand am helllichten Tage während einer Stadtratssitzung einen öffentlichen Weg wegbaggert, wogegen sich ein grüner (!) Stadteilpolitiker mit einer Backpfeife wehrt, erträgt nur noch, wer genügend Bier neben dem Fernsehsessel stehen hat. Wer sich das Bier an dieser Stelle erst in der Küche holen muss, hat das Glück, die alberne Sequenz zu verpassen, in der sich die schlecht gespielten Stadträte gegenseitig für die Missetat verantwortlich machen. Wer bis dahin tapfer durchgehalten, schaltet spätestens in dem Moment um, als uns erzählt wird, dass die Protagonistin sowohl mit Google Street View nicht klar kommt, als auch ihre Grundstücksgrenzen nicht kennt und deshalb versehentlich ein städtisches Grundstück demoliert. Dieses Wegschalten erspart uns dann auch das im Internet gefundene Video, auf den sich die Täterin am Ende der 90 Minuten reumütig und herzergreifend kitschig bei den Bürgern der Stadt für den Irrtum entschuldigt.

Liebe ARD-Krimi-Macher, entweder Ihr sucht Euch künftig plausible Drehbücher oder einen anderer Schauplatz für die Folge. Mit solchem ausgemachten Blödsinn müsst Ihr Dresden nicht in Verruf bringen.

Neues von unseren Ortsbeiräten, heute: Pieschen und Plauen

NPD chancenlos in Pieschen

von Maurice Devantier

Am 6. Mai fand im Bürgersaal des Rathauses Pieschen eine Informationsveranstaltung zum Thema Asyl in Dresden statt. Andreas Naumann vom sächsischen Flüchtlingsrat, Vertreter des Sozialamtes und Sozialarbeiter informierten objektiv und sachlich zu den Bedingungen für Asylsuchende, speziell in Dresden und im Ortsamt Pieschen.

Befürchtungen, ein aufgepeitschter rechter Mob würde die Versammlung sprengen, wie es bei anderen derartigen Veranstaltungen leider passierte, bewahrheiteten sich nicht. Ein NPD-Stadtrat mit zwei Kameraden versuchte mit einfach gestrickten, diskriminierenden Äußerungen die Bürger aufzuhetzen, erntete dafür aber nahezu einhellige Ablehnung und Missfallenskundgebungen. Es zeigte sich, dass die übergroße Mehrheit im vollen Saal den Asylsuchenden aufgeschlossen gegenüberstand und unempfindlich für rechte Agitation war. Im Gegenteil, viele Menschen erkundigten sich nach Möglichkeiten, wie man den Flüchtlingen in ihrer schwierigen und unsicheren Lage helfen könne. Die Stadtteilinitiative „Pieschen für alle“ stellte ihre Arbeit vor und berichtete über ihre Projekte, wie den Runden Tisch und die Hilfe für die kurdische Stadt Kobane. Wenn man diese Veranstaltung daher als gelungen bezeichnen kann, hat dies vor allem zwei Gründe: die Anwesenheit und die Zielsetzung.

Viele der Anwesenden waren bereits in verschiedenen Initiativen zur Unter-



Foto: Initiative Echte soziale Marktwirtschaft / pixelio.de

stützung von Flüchtlingen aktiv oder es handelte sich um Stadt- und Ortsbeiräte, v.a. aus dem linken Spektrum. Damit waren die Agitationsversuche der NPD von vornherein chancenlos – es waren keine oder zu wenige „Pegida-Wutbürger“ anwesend. Das kann aber bei anderen Veranstaltungen anders sein, so dass die Stimmung dann schnell kippen könnte. Während man darauf wenig Einfluss nehmen kann, außer natürlich die eigenen Leute zu mobilisieren, muss die Zielsetzung eine solchen Versammlung vorher klar festgelegt sein.

Die Zielsetzung muss klar auf den Fokus „Wie können wir helfen?“ orientiert sein. Eine Veranstaltung, die nur die besorgten Bürger über Asylsuchende informieren will, so wie man über Gefahren informiert, leistet den ausländerfeindlichen Vorurteilen noch Vorschub. Sie erweckt nämlich den Anschein, dass den Bürgern tatsächlich mit den

Flüchtlingen eine Gefahr erwächst – denn wozu müssten sie sonst informiert werden? Informiert man Bürger wenn ein neuer Supermarkt, ein Kindergarten oder eine neue Straße gebaut wird? Normalerweise nicht, warum also, wenn ein Asylbewerberheim entsteht? Wenn man über Asylbewerber wie über eine potentielle Gefahrenquelle informiert, muss man sich nicht wundern, dass die irrationalen Ängste mancher Menschen damit noch bestärkt werden und sie versuchen, gegen diese „Gefahr“ mit verschiedenen Mitteln vorzugehen.

In Pieschen ist durch die Zusammensetzung der Teilnehmer auf dem Podium, wie im Publikum und die gute inhaltliche Vorbereitung, wie Durchführung gelungen, keine ausländerfeindliche Stimmung aufkommen zu lassen. Wir müssen uns aber dieser Gefahr stets bewusst sein! Wenn wir überhaupt solche Veranstaltungen wollen, so müssen diese klar als „Pro-Asyl“ Versammlungen von Anfang an kommuniziert werden, um den verbreiteten Vorurteilen nicht noch Nahrung zu geben. Mag Pegida auch ihren Zenit überschritten haben, so bleiben doch weitverbreitete ausländerfeindliche, rassistische und antisemitische Denkweisen erhalten. Es bleibt ein langer Kampf, diese Denkweisen der Ungleichheit aus unserer Gesellschaft auszutreiben!

Maurice Devantier ist LINKE-Ortsbeirat in Pieschen

Bangen um Kita in der Oskar-Seiffert-Straße

von Jürgen Stäbener

Gittersee. Um angesichts steigender Kinderzahlen den Rechtsanspruch auf Krippen- und Kinderplätze auch in den nächsten Jahren erfüllen zu können, muss die Stadt Dresden neue Kitas bauen. Da verblüfft es umso mehr, dass der Kita-Eigenbetrieb im September 2014 einen ganzen Kindergarten geschlossen hat: das Haus der „Stadtranddecker“ an der Oskar-Seiffert-Straße. Die Gesamtproblematik wurde bereits 2013 dem Elternrat vorgestellt und ebenso 2015 im Ortsbeirat Plauen mittels eines Beschlusspunktes im Rahmen der Beschlussvorlage zum Fachplan für die Stadtratsausschüsse detailliert vorberaten. Im Ortsamtsgebiet Plauen gibt es ab 2016/17 einen Mehrbedarf, der sich noch erhöht. Denn eine im Fachplan vorgesehene Kita mit 45 Krippenplätzen und 90 Kindergartenplätzen an der Chemnitzer Straße wird nach derzeitiger Sachlage nie Realität.

Es gibt aber eine gelb verputzte Villa in Gittersee, die 48 Kindern eine schöne Kita sein könnte. Doch Sabine Bibas (49), Chefin des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt, will das Gebäude sowie ein zweites Grundstück, das bisher als Freispielfläche genutzt wurde, zum Verkauf ausschreiben. Der Erlös aus den Grundstücksverkäufen als Einnahme ist bereits eingeplant und Bestandteil des Wirtschaftsplanes



Foto: Jürgen Stäbener

2015/2016 des Eigenbetriebes. Die Verwaltung hält die Sanierung der Villa in Gittersee für zu teuer, das würde 600.000 Euro kosten. Die Kinder sind deshalb in anderen Einrichtungen weitab von Gittersee in anderen Ortsteilen untergebracht.

„Gittersee kann nicht ohne Kita-Standort bleiben“, meint Ortsbeirat Jürgen Stäbener (DIE LINKE). In Gittersee

gibt es Verkaufsstellen, Supermärkte, Fleischereien, Bäckereien und auch eine Grundschule. Da darf schon aus raumplanerischen Überlegungen eine Kita nicht fehlen. Die Eltern der Kita auf der Oskar-Seiffert-Straße bangen um die Kindereinrichtung in ihrem Ortsteil. Doch von Seiten des Hochbauamtes wurden hohe Sanierungskosten festgestellt. Eine Sanierung sei aus wirtschaftlichen Gründen nicht rentabel.

Eine Prioritätenliste Invest ist nicht vorhanden. Seit 1. September 2014 werden Kinder aus Gittersee überwiegend in den Kindertageseinrichtungen Hennersdorfer Weg 1 und Michelangelostraße 5 a betreut.

Nicht nur die vier Ortsbeiräte Klaus Hoffmann, Waldemar Peine, Jürgen Stäbener und Gerold Wagner der Partei DIE LINKE im Ortsbeirat lehnen die Verwaltungspläne ab. In seiner Sitzung am 28.04.2015 wurde mit großer Mehrheit der Plauerer Ortsbeiräte der Beschluss gefasst, dass der Kita-Standort Oskar-Seiffert-Straße erhalten bleibt. Der Stadtrat möge beschließen, dass die Investitionsmittel bereitgestellt werden.

Jürgen Stäbener ist LINKE-Ortsbeirat in Plauen

Große Katastrophe & Schwert

Die Völkermorde an den Armeniern, Griechen, Assyern, Aramäern und Chaldo-Assyern



Foto eines anonymen deutschen Reisenden: Armenier werden im April 1915 von osmanischen Soldaten aus Kharpert in ein Gefangenenlager im nahen Mezireh geführt. [Aus: Politisches Archiv des deutschen Auswärtigen Amtes. Bestand: Konstantinopel 169.]

von Georgios Aihmalotides

Am 24. April 2015 jährte sich zum hundertsten Mal das Gedenken an den Völkermord an den Armeniern, begangen durch die osmanische Regierung der Jungtürken und ihrer Helfer. Doch vor hundert Jahren waren nicht nur die Armenier im Osmanischen Reich, unter Führung des Triumvirats aus Enver Pasa, Cemal Pasa und Talât Pasa, einer groß angelegten Verfolgung ausgesetzt, welche in Völkermord endete, sondern auch die anderen autochthonen christlichen Minderheiten Kleinasiens wurden verfolgt, massakriert, deportiert, auf Todesmärsche geschickt und vertrieben, so wie die Griechen, Assyren, Aramäer und Chaldo-Assyren, welche auch einem Genozid ausgeliefert waren. So bildet der 19. Mai z.B. den Gedenktag des Völkermordes an den Pontosgriechen. Bis heute leugnet die Türkei jeglichen Völkermord und behauptet teilweise sogar, es handle sich um eine groß angelegte Verschwörung gegen das Türkentum, wengleich es durchaus Menschen in der Türkei gibt, mittlerweile verstärkt, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen und die Tatsache der Völkermorde anerkennen.

Bereits 1894-96 gab es ausgedehnte Massaker an den Armeniern durch das Osmanische Reich, welchen ca. 200.000 – 300.000 Menschen zum Opfer fielen. In diesen Massakern wurden schon jene Methoden angewendet, welche 20 Jahre später erneut angewandt wurden, wie Deportationen, Plünderungen, Tötung an Ort und Stelle, sowie Zwangskonvertierungen zum Islam. Als die sich liberal gebenden Jungtürken (offizieller Name: Komitee für Einheit und Fortschritt) 1908 die Macht im Osmanischen Reich übernahmen, wurden sie teilweise von den ethnischen und religiösen Minderheiten unterstützt, da sich diese von den Jungtürken eine Verbesserung ihrer Situation erhofften. Doch es sollte ganz anders kommen als erhofft. Das Ziel der mittlerweile (ultra-)nationalistischen Jungtürken war es, einen „reinen“ islamisch-türkischen Staat zu schaffen, welcher keinerlei ethnische und religiöse Minderheiten enthalten sollte. Diesem

Vorhaben stand vor allem die große Anzahl von Christen in Anatolien und im europäischen Teil des Reiches im Weg. Von ca. 1914 – 1923 wurden die griechischen Christen, von ca. 1914 – 1918 und von 1922 – 1925 die Assyren, Aramäer und Chaldo-Assyren und in den Jahren 1915/16 die Armenier, vereinzelt auch später noch, von türkischen Beamten und Gendarmen, der jungtürkischen Teskilât-ı Mahsusa (Spezialorganisation) sowie auch von kurdischen Räubern verfolgt, ermordet, deportiert, etc. Dazu muss jedoch erwähnt werden, dass es auch türkische und kurdische Zivilisten, sowie Beamte gab, welche sich den Befehlen gegen die christliche Bevölkerung vorzugehen verweigerten bzw. sich versuchten dagegen zu stellen und stellenweise ihre christlichen Mitbürger zu schützen. Dies wurde nicht selten, als Beamter, mit dem Verlust der Arbeitsstelle oder sogar mit dem Tode bestraft.

Erdrückende Beweise für die Völkermorde liegen unter anderem durch deutsche und US-amerikanische Botschafter und Konsuln vor, aber auch von deutschen Militärs und Missionaren und Krankenschwestern aus aller Welt etc. So berichteten die deutschen Botschafter, Konsuln und Militärs nach Berlin über die Zustände, denen die christlichen Minderheiten des Osmanischen Reiches ausgesetzt waren und forderten teilweise ein vehementes Einschreiten des Deutschen Reiches bei der osmanischen Regierung. Einem jenen Einschreiten der deutschen Regierung hätte das Osmanische Reich wohl nachgeben müssen, da das Deutsche Reich dem Osmanischen Reich den Krieg finanziert hatte und ohne jene Mittel die Osmanen keine Möglichkeit mehr gehabt hätte den Krieg fortzuführen. Doch lag das Interesse der deutschen Regierung darin, das Osmanische Reich weiter an ihrer Seite zu wissen: „Unser einziges Ziel ist, die Türkei bis zum Ende des Krieges an unserer Seite zu halten, gleichgültig ob darüber Armenier zu Grunde gehen oder nicht.“ (Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg Ende 1915).

Aber auch Mustafa Kemal Pasa, später Atatürk genannt und seit 1907 Mitglied im Komitee für Einheit und Fortschritt, und seine Anhänger machten sich der Verfolgung und Tötung der christlichen Minderheiten schuldig. So stellt die Republikanische Volkspartei (CHP) Atatürks, welche von 1923 bis 1945 Regierungspartei und bis 1945 einzige erlaubte Partei in der Republik Türkei war, eine Nachfolgepartei des jungtürkischen Komitees für Einheit und Fortschritt dar. Die CHP nahm einen Großteil der ehemaligen Komiteemitglieder auf, sogar Mitglieder der Teskilât-ı Mahsusa wurden in die CHP aufgenommen. Damit machte sich die damalige türkische Regierung des Umstandes schuldig, dass sie 1. Mitglieder der jungtürkischen Organisationen aufnahm, welche maßgeblich die Völkermorde befohlen und zu verantworten hatten, 2. die Völkermorde an den Armeniern, Griechen, Assyern, Aramäern und Chaldo-Assyern nicht- anerkannte und leugnete und 3. selbst weiterhin ethnische und religiöse, meist autochthone Minderheiten verfolgte.

Den gezielten Verfolgungen, Massakern, Vertreibungen, Vergewaltigungen, Tötungen, Todesmärschen, Deportationen etc. fielen ca. 1 Mio. – 1,5 Mio. Armenier, ca. 500.000 -900.000 Griechen, darunter ca. 360.000 Pontosgriechen, ca. 250.000 - 300.000 Assyren, Aramäer und Chaldo-Assyren zum Opfer. Dies entspricht also je nach Schätzungen insgesamt ca. 1,75 Mio. - ca. 2,7 Mio. getötete Menschen im Zeitraum von ca. 1914 bis ca. 1923/1925.

So stellten die Völkermorde an den Armeniern, Griechen, Assyern, Aramäern und Chaldo-Assyern für Adolf Hitler und die Nazis ein Vorbild bzgl. der Vernichtung der Polen, der Juden und der anderen verfolgten Menschen dar, da sie der Ansicht waren, dass man ganze Völker vernichten kann ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden:

„So habe ich, einstweilen nur im Osten, meine Totenkopfverbände bereitgestellt mit dem Befehl, unbarmherzig und

KOLUMNE

Gegen die Bescheidenheit – für den Kommunismus

von Franziska Fehst

Nach dem Landesjugendtag ist vor dem Bundeskongress. So begaben wir uns vom 17.-19-April nach Erfurt, um mit dem Bundesverband über das kommende Jahr zu diskutieren. Der erste Tag war relativ ernüchternd, da wir im „Stadtgarten“ nicht unseren Tagungsraum, sondern auch unser Nachtquartier hatten. Aber überall gibt es Lichtblicke: ein 24h-Spätshop um die Ecke! Der nächste Tag begann mit einer Debatte über unserem Leitartikel. In diesem wurden die Schwerpunkte „race, class, gender“ gesetzt und ein „Motto“ gefunden: „Gegen die Bescheidenheit – für den Kommunismus“. Dieser brachte bereits ein paar strittige Fragen mit sich. Wesentlich umstrittener war ein Antrag aus Sachsen mit dem Titel: „Gegen jeden Antisemitismus“. Knapp kam er mit ein paar kleinen Änderungen durch, was jedoch einigen Verbänden nicht gefiel. Der Tag endete mit der Wahl unseres neuen Bundessprecher_innenrates. Am Sonntag wurde noch über Projektanträge diskutiert.

Alles in allem war es ein spannender und auch kontroverser Bundeskongress, der trotz allem viel Spaß gemacht hat. Einen ausführlicheren Bericht könnt ihr auf unserer Website nachlesen!



Treffen: jeden Di, 18 Uhr, WIR AG
E-Mail: info@linksjugend-dresden.de
Im Netz: www.linksjugend-dresden.de

mitleidslos Mann, Weib und Kind polnischer Abstammung und Sprache in den Tod zu schicken. Nur so gewinnen wir den Lebensraum, den wir brauchen. Wer redet heute noch von der Vernichtung der Armenier?“ (Ansprache Hitlers vor den Oberbefehlshabern am 22.08.1939).

Jene Völkermorde gaben auch den Anstoß für Raphael Lemkin, eine „Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes“ aufzustellen, welche unter Anbetracht der schrecklichen Ereignisse während der 1930er und 1940er Jahre, in welchen erneut Millionen Menschen alleine durch Genozide, wie dem Holocaust, dem Porajmos (Völkermord an den Sinti und Roma zur NS-Zeit), dem Völkermord der Ustascha, dem Holodomor etc. fertig gestellt und am 09.12.1948 von der UN als Resolution 260 beschlossen wurde.



MAI

**18 DIE LINKE. Eine für alle!
Dresden**

18:30 Uhr • HdB • Großenhainer Str. 93 •
www.dielinke-efa-dresden.de

**19 "Häuser erhalten! Räume
eröffnen."**

Film und Diskussion mit Regisseur Holger
Lauinger, Eine gemeinsame Veranstaltung des
WIR e.V. und der RLS Sachsen
18 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

Sitzung des Stadtvorstands

18 Uhr | Haus der Begegnung | Großenhainer
Straße 93

**20 Naturschutz FAIRlangt Ent-
schuldung! Arten-, Biotop-
und Klimaschutz unter glo-
balen Marktinteressen**

Vortrag und Diskussion mit Jürgen Kaiser,
erlassjahr.de, Veranstaltung des HdK, der
Bildungsinitiative „Sachsen im Klimawandel“,
der Arbeitsstelle Eine Welt in der Ev.-Luth.
Landeskirche Sachsen, BUND, RLS Sachsen
19 Uhr | Altes Wettbüro | Antonstraße 8

**21 Sitzung des Ortsvorstands
Prohlis**

18 Uhr | Querformat | Herzberger Straße 6

**21 A Ghost That Keeps Haunting
Us / Ringvorlesung: „Wir sind
nicht rassistisch, aber...“**

Vortrag mit Grada Kilomba, eine Kooperation
von Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Friedrich-
Ebert-Stiftung Sachsen, Dresden Postkolonial
und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen
16:40-18:10 Uhr | TU Dresden, WEB/KLEM,
Victor-Klemperer-Saal, Weberplatz 5, 01217
Dresden

26 Fraktionssitzung

18 Uhr | Beratungsraum 13, 4. Etage
Dresdner Rathaus

**27 Satirische Protestaktion der
LINKEN zum G7-Finanzmini-
stertreffen in Dresden**

16 Uhr | Postplatz | Bitte kommt zahlreich!

28 Stadtratssitzung

16 Uhr | Kulturrathaus | Königsstraße 15

Finanzpolitik aus linker Sicht

Vortrag und Diskussion mit Axel Troost,
Finanzpolitischer Sprecher der Bundestags-
fraktion
18:30 Uhr | Wir AG | M.-Luther-Str. 21

JUNI

**01 DIE LINKE. Eine für alle!
Dresden**

18:30 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93
www.dielinke-efa-dresden.de

**Bürgersprechstunde der Ortsbeirä-
tinnen und Beratung des Ortsvor-
standes Blasewitz**

18 Uhr | Bürgertreff „Marie“ | Breitenauer
Str. 17

**03 Alles andere als hetero auch im
Osten Europas? - Vorgeschichte
und Geschichte der LGB-
TIQ*-Bewegung in Russland**

Mit Svetlana Barsukova, Mitbegründerin der
„LGBTIQ-Women-Group St. Petersburg“ und
Boris Krumnow, Osteuropawissenschaftler
Veranstaltung des WIR e.V. & RLS Sachsen
19 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

**04 „Ich bin gewiss kein Anti-
semit...“ Judenhass in der
Gegenwart / Ringvorlesung:
„Wir sind nicht rassistisch,
aber...“**

Vortrag mit Dr. Gideon Botsch, eine Kooperation
von Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Friedrich-
Ebert-Stiftung Sachsen, Dresden Postkolonial
und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen
16:40-18:10 Uhr | TU Dresden, WEB/KLEM,
Victor-Klemperer-Saal, Weberplatz 5, 01217
Dresden

**10 Die Polizei Dein Feind
und Helfer?**

Mit Charles von Denkowski, Crime Preventi-
on Solutions, Silvio Lang, Dresden Nazifrei,
Veranstaltung des Europabüro der MdEP Dr.
Cornelia Ernst und der RLS Sachsen
19 Uhr | Wir AG | M.-Luther-Str. 21

**11 Stammtisch der Dresdner
LINKEN in der Neustadt**

19 Uhr | Erenklause | Erlenstraße 22

**16 JUNGE ROSA
Dresden im Nationalsozia-
lismus**

Mit Gunnar Schubert, freier Journalist
18 Uhr | Wir AG | M.-Luther-Str. 21

**19 - 21 Bunte Republik
Neustadt**

mit Ständen rund um die Wir AG, u.a. attac,
Deinhof, Linksjugend, Rockzipfel etc.

**19 Ausstellungseröffnung zum
Thema Asyl und Flucht**

Während der Bunten Republik Neustadt
geöffnet
abends | Wir AG | M.-Luther-Str. 21

**Termin vergessen?
Mail an: Linksblatt@web.de**

Ständige Termine in der WIR AG,
Martin-Luther-Str. 21:

- jeden Dienstag, 18 Uhr, offenes Treffen
der linksjugend [solid] Dresden
- jeden Dienstag, 20 Uhr, offenes Treffen
von DIE LINKE.SDS Dresden (Linke Hoch-
schulgruppe der TU Dresden)
- jeden Donnerstag, 10 Uhr, „Grie-
chischer Stammtisch“ Vereinigung Grie-
chischer Bürger in Sachsen e.V. (es wird
nur Griechisch gesprochen)
- jeden 2. Freitag im Monat, 18:30 Uhr,
Treffen der Initiative Grundeinkommen

Ständige Termine im Roter Renner,
Rudolf-Renner-Str. 49

Montag: 14–16:30 Uhr
Dienstag: 16–17.30 Uhr
Mittwoch: 14–16:30 Uhr
Donnerstag: 16–17.30 Uhr
»Offenes Büro«

Öffentliche Ortsvorstandssitzung
zweiter Mittwoch im Monat ab 17:30 Uhr
jeden 1. Donnerstag:
Stammtisch ab 15:30 Uhr

**KPF - Kommunistische
Plattform in der LINKEN**

jeden zweiten Dienstag 15:30 Uhr
im Haus der Begegnung - Empore

Bibliothek der RLS in der WIR-AG

Martin-Luther-Str. 21

Öffnungszeiten:

Di + Mi:

10.00 - 12.30 und 13.30 - 17.00 Uhr

Do: 10.00 - 12.30 und 13.30 - 16.00 Uhr

Neu in der Bibliothek:

Schmalstieg, Catharina:
Prekarität und kollektive Handlungsfähig-
keit: Gewerkschaftsarbeit im Niedriglohn-
sektor. Das Beispiel USA.
Hamburg, VSA-Verlag 2015, 240 S.

Oberbürgermeisterwahl 2015

Wahlforum

des DGB Dresden

Mittwoch, 20. Mai, 18 bis 20 Uhr

Volkshaus Dresden

Schützenplatz 14, 01067 Dresden

DGB

**Sehr herzlich zum Geburtstag gratulieren wir unseren Genossinnen**

Waltraud Abraham Blasewitz
Hans-Jürgen Bellmann Plauen
Hans Besser Pieschen
Patrick Borrmann Neustadt
Marina Brandt Leuben
Chris Bräckle Nord
Rolf Danzig Neustadt
Marcus Donath Neustadt
Brigitte Drechsel Prohlis
Sonja Döhler West
Monika Eisentraut Prohlis
Eva Ertel Altstadt
Else Fischer Leuben
Olaf Forker Leuben
Daniel Frickenhaus Neustadt
Theodor Friedel Nord
Helmut Förster West
Margot Gaitzsch Prohlis
Annemarie Großmann Plauen
Carmen Gräfe West
Andreas Grünzig Nord
Uwe Götzl Pieschen
Elfrun Güldemann Neustadt
Georg Heiser Prohlis
Andreas Henschel Leuben
Karl-Heinz Herberger Prohlis

Dagmar Herrlich Nord
Rita Horn Plauen
Hannelore Hänsel Prohlis
Detlef Höppner West
Tini Höschele West
Doris Hüller Prohlis
Ingeborg Kaiser Neustadt
Wolfgang Kalauch Neustadt
Heinz Kandler Altstadt
Karl-Heinz Kathert West
Gisela Kaulfuß Altstadt
Manfred Kempe Neustadt
Klaus Keßler
Rolf Klemm Blasewitz
Thomas Robert Koch Plauen
Christa Koenitz Altstadt
Rita Kring Altstadt
Waldtraud Krziwom Blasewitz
Ursula Kuschel Leuben
Inge Kutza Blasewitz
Karin Lange Neustadt
Erika Lippert Nord
Christel Machold Altstadt
Patrick Marschner Altstadt
Carolin Meschke Altstadt
Jens Milatz

Werner Moke Leuben
Michael Möbius
Alfred Müller Pieschen
Anna-Rosa Müller Altstadt
Helene Müller, Neustadt
Ursula Müller, Pieschen
Hanni Nowak, Altstadt
Max Pagenkopf, Pieschen
Thomas Pohl, Prohlis
Brunhilde Putzmann, Blasewitz
Günter Reichert, Plauen
Christa Reinhard, Blasewitz
Frank Remse, West
Helene Ripke, West
Patrick Rudolf, Pieschen
Juliane Evelyn Rönsch, Neustadt
Helmut Rüpprich, Neustadt
Uwe Schaarschmidt, Blasewitz
Lisa Scheler, Leuben
Gertraud Schierz, Leuben
Norbert Schilling, Neustadt
Petra Schilling, Blasewitz
Sebastian Schindler, Neustadt
Jürgen Schlase, Altstadt
Gerhard Schmidt, Plauen
Hilde Schmidt, Nord

Max Schoene, Altstadt
Julia Schreiber, West
Brigitte Schult, Altstadt
Evelyn Schulze, Blasewitz
Rico Schwibs, Neustadt
Eric Schöne, Altstadt
Waltraud Siegmund, Plauen
Alexander Simon, West
Peter Spiegel, Plauen
Eberhard Stelzer, Pieschen
Sebastian Strelow, Prohlis
Hannelore Stöck, Altstadt
Günther Thal, Altstadt
Inge Thalheim, Neustadt
André Thämel, Pieschen
Andreas Weder, Altstadt
Ursula Weig, Prohlis
Steven Weiler, Pieschen
Tobias Weiser, West
Jonas Werner, Blasewitz
Sigrid Werner, Pieschen
Jörg Wiese, West
Dieter Wolter, Plauen
Katrin Wächtler, Altstadt
Martha Ziegenbein, Neustadt

Für eine humane Flüchtlingspolitik!

von Dr. Cornelia Ernst

Es ist nicht leicht, das Gerede von Ratspräsident Tusk zu hören, der in der Hauptdebatte der Plenartagung in Straßburg verkündete, man müsse Flüchtlinge von Wirtschaftsflüchtlingen trennen, weil letztere nichts in der EU zu suchen hätten. Ebenso deutlich formulierte es ein EUROPOL - Vertreter unmittelbar nach der Katastrophe, bei der in einer einzigen Woche 1200 Menschen im Mittelmeer starben. Es ginge nun darum, so EUROPOL, Schlepperbanden auf dem Mittelmeer zu jagen, weil diese am Tod der Flüchtlinge Schuld seien. Deren Infrastruktur solle militärisch zerstört werden, damit gar nicht erst Flüchtlinge übers Meer kommen. Bei dieser Logik kriegt man wirklich Schluckauf, wird doch Ursache und Wirkung verwechselt. Schlepper sind brutale Konsequenz der Tatsache, dass aufgrund der EU-Gesetzgebung Flüchtlingen legale und sichere Wege nach Europa weitgehend versperrt sind. Die katastrophale Situation ihrer Herkunftsstaaten, Kriege und Hungernöte zwingen aber viele ihre Dörfer und Regionen zu verlassen. Wenn aber nicht über Fluchtursachen und deren Bekämpfung gesprochen wird, dann wird der Exodus ganzer Regionen nicht aufzuhalten sein. Der absolute Skandal im EP war jedoch, dass in einem - Whistleblowern sei Dank! - geleakten Papier des Europäischen Rates, syrische Flüchtlinge als „irregulär“ und Eritreer als „Wirtschaftsflüchtlinge“ eingestuft werden.

Unsere Fraktion beschloss, die Plenumswoche mit Protesten gemeinsam mit Flüchtlingen zu begleiten, vor und im Parlament. Flüchtlingsverbände aus mehreren Mitgliedsstaaten demonstrier-

ten am Dienstag gegen die inhumane Politik der EU vor dem Straßburger Parlament. In akribischer Suche nach der Identität der nahezu 22000 toten Flüchtlinge an den EU-Außengrenzen hatten sie ein riesengroßes ca. 100 m langes Transparent erstellt, auf dem Namen, Geburtsdaten, Herkunft der Flüchtlinge und das Datum ihres Todes verzeichnet worden ist. 100 m lang Namen von tausenden Flüchtlingen aus ganz Afrika, Menschen, die mit Hoffnungen auf ein besseres Leben ihre Heimat verließen, weil sie ihre Heimat längst verloren hatten.

Die meisten von ihnen verbleiben jedoch in Afrika, werden von Land zu Land wie Schachfiguren verschoben, in Flüchtlingscamps mit 30.000 Menschen in Ostafrika, Camps, die sie ihr Leben lang nicht verlassen können, denn die Frage wohin beantwortet niemand. Fakt ist, dass nach menschenwürdigen Lösungen gesucht werden muss. Die EU ist und bleibt dabei in zentraler Verantwortung. Dazu gehört auch, endlich ernsthaft über eine sinnstiftende Entwicklungshilfe nachzudenken, die es bislang eben nicht gibt. Entwicklungshilfe, die hilft, bedeutet nachhaltiges Wirtschaften zu fördern, junge Menschen auszubilden, Jobs zu schaffen, Unternehmen zu unterstützen. Und heißt eben nicht „Chicken schicken“, lediglich neue Absatzmärkte für europäische Globalplayer zu erschließen. Damit erwürgt man die heimische Wirtschaft. Unsere Fraktion hat einen alternativen 10-Punkte-Plan für eine Neuausrichtung der EU-Asylpolitik entwickelt. Wir bleiben dran.

www.cornelia-ernst.de

Cuba Si informiert

von Ursula Zierz

Am 30.04.2015 konnten wir unserem CubaSi- Mitglied Genossen Dr. Rolf Oehler zu seinem 85. Geburtstag gratulieren. Er ist der Mitbegründer der AG Cuba Si Dresden im Jahr 1993! Dir und Christel Hennig ein solidarischen Dank für den kleinen Infostand zum 1. Mai auf dem Alaunplatz. Sie erhielten 35 Euro Spendengeld, die mit denen von jeweils 85 Euro der BO's Striesen und Johannstadt/Süd den Projekten: „Fahrer und Bewässerungsanlagen für Kuba“ zu Gute kommen. Am 04.06.2015 findet von 10 – 15 Uhr die nächste Sammelaktion statt. Ergänzender Schwerpunkt: funktionsfähige stabile Gartengeräte! Wer eine Spende für den Kauf des Häckslers und Mähmaschine überweisen möchte, hier die Daten: Empfänger: DIE LINKE/Cuba Si IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10 BIC: BE LA DE BE XXX (Berliner Sparkasse) Bitte unbedingt den korrekten Verwendungszweck angeben: „Milch für Kubas Kinder/Häckler“.

Die kubanischen Kommunalwahlen, ein Ereignis auf der Höhe der Geschichte.

Opposition scheiterte bei Kommunalwahlen in Kuba und erhielt kaum Stimmen. Wahlbeteiligung 88,3 Prozent. Kandidat der Opposition bezeichnet Wahl als „sauber“. Bevölkerung wolle immer noch die Revolution. Es wurden mehr Frauen und viele Jugendliche in Kommunalparlamente gewählt.

Goldmedaille der WIPO für kubanisches Produkt: Itolizumab ist ein humanisierter monoklonaler Antikörper, der für die Behandlung von schwerer Psoriasis entwickelt wurde, einer chronisch-entzündlichen Hautkrankheit, von der weltweit über 125 Millionen Menschen betroffen sind. Unasur (Staatengemeinschaft Südamerikas) eröffnet Verteidigungsschule in Ecuador. Ausbildung auf dem Gebiet der regionalen Verteidigung und Sicherheit. Präsident Correa: Zeit für gemeinsames strategisches Denken!

Hinweis: Aktuelle Kubanachrichten können unter: www.netzwerk-cuba-nachrichten.de verfolgt werden.

Rosa Luxemburg Stiftung aktuell

Veranstaltungssplitter

Im Mai und Juni werden wir uns brisanten und sehr aktuellen Themen nähern. Zum Einen dürfen wir Ende Mai die Finanzminister der G7-Staaten in Dresden begrüßen. Natürlich können wir die Gelegenheit nicht ungenutzt verstreichen lassen und dieses Treffen kritisch begleiten. Deshalb möchten wir am 20. Mai, 19.00 Uhr im „Alten Wettbüro“ gemeinsam mit dem HdK, der Bildungsinitiative „Sachsen im Klimawandel“, der Arbeitsstelle Eine Welt in der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsen, dem BUND – Regionalgruppe Dresden eine Veranstaltung unter dem Titel: „Naturschutz FAIRlangt Entschuldung! Arten-, Biotop- und Klimaschutz unter globalen Marktinteressen“ anbieten. Als Referenten können wir Jürgen Kaiser von Erlassjahr begrüßen. Hintergrund ist, dass die weltweit gestiegene Warenproduktion und der zwischen 1960 und 2008 um das 15-fache gestiegene Warenexport einen einmaligen Verlust an biologischer Vielfalt zur Folge haben. Überlebenswichtige Ökosystemdienstleistungen werden beeinträchtigt, die globale Erwärmung verschärft sich. In seinen Ausführungen nimmt Jürgen Kaiser Bezug auf die Frage, wie derartige Entwicklungen wirkungsvoller angeprangert und möglichst verhindert werden können.

Im Juni möchten wir uns gemeinsam mit dem Europabüro Cornelia Ernst einem weiteren brisanten Thema nähern: „Die Polizei, Dein Feind und Helfer? PolizistInnen unter Druck“. Wasserwerfereinsätze gegen DemonstrantInnen in Stuttgart, bei denen ein älterer Mann fast erblindet, der Tod von Oury Jalloh im Polizeigewahrsam, Faustschläge gegen einen Demonstranten in Chemnitz: Polizeigewalt wird öffentlich thematisiert, die Polizei steht in der Kritik. Wenn Kritik an der Polizei laut wird, rechnen Polizeigewerkschaften und Innenministerien Gewalt und Regelverstöße durch BeamtInnen auf mit Gewalt und Respektlosigkeit gegenüber PolizistInnen. Trotzdem ist das Ansehen der Polizei in letzten Jahren in der Bevölkerung gesunken (GfK-Vertrauensindex). Gleichzeitig wächst die Belastung für PolizistInnen bei der Absicherung von Demonstrationen, Fußballspielen und Großereignissen. Der Kriminologe Charles von Denkowski wirft am 10. Juni, 19 Uhr, in der WIR-AG einen kritisch-sachlichen Blick auf die Polizeiarbeit, ihre aktuellen Probleme und mögliche Lösungsstrategien wie die Kennzeichnungspflicht. Silvio Lang, Sprecher des Bündnisses Dresden Nazifrei wird von seinen Erfahrungen berichten.



Foto: Jean-Etienne Minh-Duy Poirrier/flickr.com (CC BY-SA 2.0)

Sammlungen 2015

05. März,
04. Juni,
03. September,
03. Dezember



Spendenkonto:
DIE LINKE/Cuba Si Dresden
Ostsächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DE 93 8505 030031 201 83074
Verwendungszweck:
„Milch für Kubas Kinder“

Redaktionsschluss 2015

21.01.2015, 11.02.2015
04.03.2015, 15.04.2015
06.05.2015, 03.06.2015
08.07.2015, 09.09.2015
30.09.2015, 28.10.2015
10.12.2015

Impressum
Herausgeber: DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden,
Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,
www.dielinke-dresden.de
E-Mail: Linksblatt@web.de
V.i.S.d.P. Annetra Klopsch, Tilo Kießling
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeiter dieser Ausgabe: Annetra Klopsch, Tilo Kießling, Katja Kipping, Ursula Zierz, Pia Barkow, Franziska Fehst, Dr. Cornelia Ernst, Sarah Buddeberg, Susann Scholz-Karas

Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH,
Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 5.500 Exemplare, Vertrieb: Siblog, Schneller ist besser!

Liebe Kubafreund_innen,
die AG Cuba Si möchte Euch herzlich zu einer Kubaveranstaltung einladen. Thema: „Der aktuelle Annäherungsprozess zwischen der Republik Kuba und den USA bei total unterschiedlicher Interessenlage beider Länder.“ Referent: I. Sekretär der Kubanischen Botschaft, Herr Luis Ernesto Morejon Dolmetscherin: Miriam Näther, AG Cuba Si Berlin u. Jörg Rückmann, Redakteur „Revista“.

18. Juni | 18 Uhr | Haus der Begegnung |

Wir hoffen sehr auf Eure Beteiligung, denn Ihr erfahrt nicht nur das Aktuellste um diesen Prozess, sondern auch kompetente Antworten auf Eure Fragen!

Saludos Solidarios!



Zur Diätendebatte im Landtag

Das Maß aus den Augen verloren

von Annekatriin Klepsch

Die Entscheidung des Sächsischen Landtages über den Doppelhaushalt für die Jahre 2015/2016 fiel in der letzten Aprilwoche, aufgrund der Regierungsbildung nach der Landtagswahl erst mitten im laufenden Jahr. Gab es für die späte Haushaltsgesetzgebung nach der Neuwahl noch Verständnis, obwohl das in der Praxis für viele Vereine und Initiativen heißt, dass sie nur Abschlüsse auf Personalkosten erhalten und keine neuen Projekte starten können, war es in der Haushaltswoche des Landtages nur noch peinlich.

Während sich die schwarz-rote Koalition ein halbes Jahr erbat, um den schwarz-gelben Haushaltsentwurf der alten Regierung überarbeiten zu können, wurde mit dem Haushaltsbegleitgesetz schnell noch eine Änderung des Abgeordneten-gesetzes eingefädelt. Dabei ging es jedoch nicht um Lappalien, sondern um die Altersvorsorge der neueren Mitglieder des Landtages und die Finanzierung der Wahlkreisarbeit. Nach Bekanntwerden der Pläne, dass Abgeordnete künftig nach 17 Jahren Zugehörigkeit zum Landtag mit 60 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen können sollen, wurden vielseitige Proteste laut, zu Recht. Die empfindliche Frage für gering verdienende



Freiberufler_innen oder angestellte Arbeitnehmer_innen ist nicht, wie viele der Abgeordneten diese 17 Jahre - und damit mehr als drei Legislaturen überhaupt erreichen – sondern die Vergleichbarkeit mit Menschen, die in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen.

CDU-Fraktionschef Kupfer begründete in einer Pressekonferenz mit seiner „Verantwortung“ als Politiker die finanzielle Besserstellung von Abgeordneten. Ich halte das für vermessend. Schon bisher wurden sächsische MdL nicht schlecht finanziert gegenüber vielen anderen Menschen, die in unserem Land Verantwortung tragen als Ärzt_innen,

Lehrer_innen, Rettungsassistent_innen, Erzieher_innen, Polizist_innen ... Mich beschämt das Abstimmungsverhalten der Regierungsparteien mit Ausnahme meiner Dresdner SPD-Kolleginnen Eva-Maria Stange und Sabine Friedel.

Auch die bisherige Monatspauschale für die Finanzierung eines Wahlkreisbüros sowie von Fahrt- und Übernachtungskosten war mit rund 2.100 bis 3.100 Euro pro Monat durchaus auskömmlich.

Mit der Entscheidung von CDU und SPD, die abschlagsfreie Abgeordnetenrente mit 63 Jahren und nach 15 Jahren im Landtag sowie überhöhte Zulagen

für die Wahlkreisarbeit ohne kalkulierte Grundlage des Mehrbedarfs und gegen die Kritik von LINKEN und Grünen durchzusetzen, hat die schwarzrote Koalition einen politischen Kollateralschaden angerichtet. Über Politikverdrossenheit vieler Wählerinnen und Wähler muss sich nun niemand mehr wundern.

Annekatriin Klepsch ist seit 2009 MdL und hätte bisher nach 10 Jahren Landtag mit 67 Jahren abschlagsfrei Pension erhalten

Die richtigen Interessen in den Mittelpunkt stellen!

von Katja Kipping

Oft bekommt man auf Facebook Bildchen mit Sprüchen in die Timeline gesetzt. Manche sind lustig, manche dumm, manche machen aber auch sehr nachdenklich. Kürzlich las ich auf so einem Bildchen: „Wie viel bezahlen wir Menschen, denen wir unser Geld anvertrauen? Und wie viel den Menschen, denen wir unsere Kinder anvertrauen?“

Dieser Satz ließe sich auch 1:1 auf das Personal in Krankenhäusern, Pflegeheimen oder Kureinrichtungen übertragen. Und dabei geht es nicht einmal nur um die Entlohnung für eine höchst verantwortungsvolle, oft körperlich und auch seelisch schwere Arbeit.

Am „Internationalen Tag der Pflege“ gilt es über die schlechte Pflegesituationen in vielen Einrichtungen, über überarbeitetes Pflegepersonal und wenig Zeit in der Familie für zu Pflegenden, zu sprechen.

Ebenso, wie über eine gerechte Bezahlung, müssen wir aber über die Ausstattung und die Personalbemessung an den Bedürfnissen der zu Pflegenden reden – und darüber, dass das Pflegepersonal ausreichend Zeit hat. Verbesserungen werden aber nicht von allein kommen: Wir brauchen eine solidarische Pflegeversicherung, in die alle einzahlen, um die Pflege angemessen zu finanzieren und alle notwendigen Pflegeleistungen abzusichern. Außerdem müssen wir Regelungen schaffen, dass Familienmitglieder sozial abgesichert eine Pflege und Betreuung übernehmen können



Foto: Uwe Schaarschmidt

– auch für längere Zeit. Darüber hinaus müssen gemeinschaftliche Formen der Pflege gefördert werden. So wird aus dem Pflegenotstand ein Pflegewohlstand, wo jeder Mensch weiß: Im Bedarfsfall ist für mich gut gesorgt.

Jedes Jahr gibt es die Aktion „Perspektivwechsel“, in deren Rahmen Politikerinnen und Politiker für einen Tag die Parlamentsbänke verlassen, um sich ein Bild von den Arbeitsbedingungen vor Ort zu machen, selbst mit anzufassen und mit den Kolleginnen und Kollegen ins Gespräch zu kommen. In den letzten Jahren habe ich diese Möglichkeit genutzt, um in Pflegeheimen in Dresden zu arbeiten.

Am 12. Mai 2015, dem „Internationalen Tag der Pflege“ bin ich nun erstmals in einem Krankenhaus gewesen und es war mir eine besondere Freude, dass es sich um das Krankenhaus Dresden Friedrichstadt handelte, also eine jener Kliniken, für die wir als LINKE erfolg-

reich gegen die Privatisierung gekämpft und über einen Bürgerentscheid auch verhindert haben. Ich bin sehr freundlich aufgenommen, eingekleidet und eingewiesen worden, um den Tag auf der urologischen Station zu absolvieren. Und meine ohnehin vorhandene Hochachtung vor den Pflegerinnen und Pflegern ist nochmals gestiegen. Der Punkt ist ja: Als Besucher und selbst als Patient sieht man immer nur einen kleinen Teil der Arbeit, die getan werden muss - und die ist schon schwer genug. Ist man mit-tendrin, bekommt man einen Vorstellung, was es bedeutet, Tag für Tag, Jahr für Jahr diese schwere Arbeit zu tun.

Wir müssen weiter streiten, argumentieren - und natürlich Verbündete gewinnen, um das zu erreichen, was notwendig ist: Eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung, welche nicht Gewinninteressen, sondern die Interessen der Patienten und des Personals gleichermaßen in den Mittelpunkt stellt.



SAIRLEY GAMP AND BETSEY FRIG.

Illustration zu Dickens' Martin Chuzzlewit

Foto: Wikimedia Commons

Gut zu wissen:

Der internationale Aktionstag „Tag der Pflege“ (auch „Tag der Krankenpflege“, „International Nurses Day“) wird in Deutschland seit 1967 am Geburtstag von Florence Nightingale veranstaltet. Florence Nightingale (geboren am 12. Mai 1820 in Florenz; gestorben 13. August 1910 in London) war eine britische Krankenschwester. Die Tochter einer wohlhabenden britischen Familie gilt als die Pionierin der modernen Krankenpflege. An ihrem Geburtstag wird daher ihr zu Ehren der Internationale Tag der Krankenpflege begangen.